

# Ministerium drängt Kommunen zu Klagen gegen Zinswetten

Windige Bankgeschäfte sollten sächsische Gemeindekassen füllen. Blindes Vertrauen und Finanzkrise lassen die Träume platzen.

VON UWE KUHR

**DRESDEN** – Hochriskante Kreditgeschäfte von zahlreichen sächsischen Kommunen und ihren Unternehmen stehen nach Unterlagen des Innenministeriums kurz vor dem Platzen. Was ursprünglich den Gemeinden Geld erhalten sollte, könnte wie für Flöha, Falkenstein/Vogtland und Reichenbach/Oberlausitz nun zur Millionenfalle werden. Der Landkreis Mittelsachsen hat Ende Juli als erste Kommune Sachsens Klage eingereicht, um sein Geschäft für nichtig erklären zu lassen. Eine Welle von Verfahren wird erwartet.

Banken, darunter Landesbanken und Sparkassen, hatten Finanzprodukte mit einer Wettkomponente vertrieben. Unter den Tisch fiel, dass die lukrativsten Verträge enorme Ri-

siken bergen. Der Bundesgerichtshof hatte im März in einem Musterurteil in einem vergleichbaren Fall gravierende Beratungsmängel der Bank gerügt. So sei dem Kunden nur verharmlosend vor Augen geführt worden, dass für ihn durchaus „ein ruinöses Verlustrisiko“ bestehe.

Sachsens Innenministerium drängt betroffene Orte und Landkreise, Klagemöglichkeiten zu prüfen. Im Schadensfall hätten sie sonst mit Untreue Vorwürfen zu rechnen, heißt es in einem aktuellen Info-Brief. Der Leipziger Anwalt Steffen Pruggmayer, der Mittelsachsen vertritt, wirft Banken vor, gegen das kommunale Spekulationsverbot verstoßen und sogar arglistig getäuscht zu haben.

Flöhas Zinsspar-Geschäft steht derzeit mit 8,4 Millionen Euro im Minus. „Ab 2012 zahlen wir bei den Zinsen drauf“, sagt Oberbürgermeister Friedrich Schlosser (CDU). Dafür bildet die Stadt eine Rücklage, bisher 150.000 Euro. Schlosser fühlt sich übervorteilt und droht mit Klage. Sein Groll richtet sich gegen die Ex-Landesbank Sachsen sowie die Kreissparkasse Mittelsachsen. Fal-

kensteins Bürgermeister Arndt Rauchalles (CDU) sieht keine Chance, dass seine Stadt je allein den Kopf aus der Zinsschlinge bekommt: Derzeit ist ihr Vertrag sechs Millionen Mißere wert. Die 3900 Einwohner-Stadt Reichenbach in Ostsachsen hat derzeit ein 20-Millionen-Defizit.

„Was die Banken unter Zinsoptimierung gemacht haben, war oft sittenwidrig“, erklärte Wolf Dieter Ihle von der Sachsen Asset Management GmbH in Leipzig, die für Kommunen die komplizierten Geschäfte analysiert. So könnten deren Zinsen

derzeit bis auf 140 Prozent pro Jahr steigen. Einzelne Szenarien ließen sogar „über 300 Prozent und Jahr“ zu. Ihle warnt vor einem Flächenbrand und sieht den Freistaat in der Pflicht. „Vielleicht braucht es sogar eine Art Rettungsschirm für besonders stark betroffene Kommunen.“

Sebastian Scheel (Linke), Chef des Haushaltsausschusses im Landtag, kritisiert mangelhafte Gesetzesregelungen und fordert ein Verbot von Zinswetten. Zudem sollten kommunale Unternehmen ihre Verträge offenlegen. **Seite 4: Leitartikel**

## Bankgeschäfte mit einem Hauch Casino

**Zinswettgeschäfte** heißen in der Praxis Swap und bedeuten zunächst Zinstausch: Dabei tauscht ein Kreditnehmer seinen normalen festen Zins gegen einen variablen. Er hofft dabei, dass dieser unter dem ursprünglichen Zins bleibt, um Geld zu sparen. Dank einfacher Swaps haben vielen Kommunen durchaus Geld gespart.

**Die Banken entwickelten** jedoch aus diesem System eine Vielzahl von Swap-Varianten, die immer kompli-

zierter und schwerer zu durchschauen waren. Lange Laufzeiten und Finanzkrise taten ihr Übriges. Für die Banken gibt es so gut wie kein Risiko.

**Einen kostenlosen Quick-Check** für Kommunen bietet die Sachsen Asset Management. Eine komplette Analyse kostet etwa 10.000 bis 15.000 Euro. Auch eine Klage ist nicht kostenlos. Der Landkreis Mittelsachsen rechnet derzeit mit 50.000 bis 100.000 Euro für sein Verfahren. (uk)